

Obamas Politik ein: den sogenannten Submerged State. Die sich dahinter verbergenden Politiken, welche die Cornell-Professorin als „a dense thick-
cket that lies beneath the surface of U.S. market institutions and within the federal tax system“ (131) identifiziert, sollen den gewöhnlichen Amerikanern wirtschaftliche Sicherheit und Bildungschancen ermöglichen, so wie Präsident Obama sie vorsieht. Die Krux bei der Sache ist jedoch, dass die Reformprojekte Obamas für die meisten US-Bürger kaum spürbar sind, weswegen *Mettler* in diesem Zusammenhang auch von „submerged policies“ spricht. Die Bedeutung der politischen Kommunikation für die Sichtbarmachung der Rolle der Regierung gegenüber dem Bürger hebt sie in besonderer Weise hervor. *Mettler* sieht darin Obamas Chance, eine Revitalisierung der amerikanischen Demokratie herbeizuführen. Sie geht mit ihrer Argumentation einen entscheidenden Schritt weiter als *Skocpol*.

In der Summe fällt das Urteil über „Obama and America's Political Future“ positiv aus: Das Buch überzeugt durch einen breiten Ansatz sowie klare und innovative Gedankengänge seiner Mitwirkenden. Besonders beeindruckend sind *Skocpols* Charakterisierung sozialer Phänomene wie die ultrakonservative Protestbewegung *Tea Party* und ihre kritische Auseinandersetzung mit rechten US-Medien, aber auch *Mettlers* analytische Erweiterung um das Konzept des „verborgenen Staates“. Einzig die historischen Vergleiche vermögen nicht immer zu überzeugen.

Sascha Arnautović

Fröhlich, Stefan. *The New Geopolitics of Transatlantic Relations. Coordinated Responses to Common Dangers*. Johns Hopkins University Press 2012.

324 Seiten. 30,95 €.

Die Transatlantische Freihandelszone, das Datensammeln der US-Geheimdienste, die Debatte über den Einsatz militärischer Drohnen – das sind nur drei aktuelle Themen der transatlantischen Beziehungen. Aber Geopolitik? Geopolitik wird in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung als etwas Verwerfliches, etwas Gestriges gesehen – und die politikwissenschaftliche Forschung stößt grosso modo in das gleiche Horn. Ganz anders die USA: Die einzig verbliebene Weltmacht denkt geopolitisch, und die scientific community führt geostrategische Debatten über die globale Machtprojektion des eigenen Landes. Ganz anders auch *Stefan Fröhlich*, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Erlangen-Nürnberg: Er räumt der Geopolitik einen prominenten Platz in seiner Monographie „The New Geopolitics of Transatlantic Relations“ ein – zumindest im Titel. Inhaltlich referiert er in großen Zügen die dominierenden Trends der transatlantischen Beziehungen und argumentiert, dass sich die Vereinigten Staaten und Europa auf dem Weg zu einer pragmatischen Partnerschaft befinden.

Das Buch, Ergebnis eines mehrjährigen Forschungsprojektes, das mit einem Aufenthalt *Fröhlichs* am Woodrow Wilson Center im Jahr 2007 begann, behandelt drei Dimensionen der transatlantischen Beziehungen, die „geopolitische“ (Aufstieg der BRIC-Staaten), die „geostrategische“ (Krisenmanagement im Nahen und Mittleren Osten) und die „geoökonomische“ (Bewälti-

gung der Finanzkrise). *Fröhlich* wehrt sich gegen das „Klischee“ (1), dass sich Europa und die Vereinigten Staaten auseinandergelebt hätten. Vielmehr spricht er behutsam von einem „Wandel“ der transatlantischen Beziehungen mit drei denkbaren Zukunftsszenarien. Erstens bestehe die Möglichkeit, dass die Beziehungen weiterhin relativ konstant verliefen und sich die transatlantischen Partner bei Unstimmigkeiten irgendwie „durchwurstelten“ (3). Es bliebe beim Status quo der „traditionellen Arbeitsteilung“ (3). Dafür spreche, dass weder die USA, noch Europa verlässlichere Partner hätten, denn sie teilten dieselben Meinungen und Werte – allen voran Marktwirtschaft und Demokratie. Dieses Szenario verwirft *Fröhlich* völlig zu Recht: Arbeitsteilung, bei der die USA „hard power“ projizieren und Europa sich auf „soft power“ reduziert, ist kein belastbares Konzept in der internationalen Politik. Auch das zweite Szenario – eine fortschreitende Entfremdung der transatlantischen Partner – hält *Fröhlich* für unrealistisch und nicht erstrebenswert. Vorstellbar wäre diese Entwicklung nur, wenn Europas Kräfte weiterhin von Schulden- und Integrationskrisen absorbiert würden und die Vereinigten Staaten zu einer an der Bush-Doktrin orientierten Außenpolitik zurückkehrten. Nur langfristig sei eine Emanzipation Europas und eine Gegenmachtbildung praktikabel.

Als drittes und wahrscheinlichstes Szenario sieht *Fröhlich* eine „pragmatische“ Partnerschaft. Kern dieser Partnerschaft sei die Erkenntnis „gemeinsamer Verletzlichkeit“ (6, 8, 12). Ausdruck finde eine solche Beziehung in „Koalitionen der Willigen“ und ad hoc-Kooperationen sowie im Verständnis für den anderen, falls Zusammen-

arbeit nicht möglich sei. Zwar haben sich die kulturellen Werte auseinanderentwickelt, aber ausschlaggebend für die transatlantische Kluft seien die strukturellen Veränderungen im internationalen System nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und nach 9/11. Europa und die Vereinigten Staaten stehen denselben strategischen Gefahren gegenüber – namentlich der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, dem Terrorismus und failing states. Indessen perzipierten Amerikaner und Europäer diese Gefahren unterschiedlich und reagierten konträr, kurz: Amerikaner denken global, Europäer regional. In der Tat: In den zentralen Problemfeldern der Wirtschafts- und Schuldenkrise sowie der Klimaerwärmung und Terrorismusbekämpfung vertreten beide Seiten des Atlantiks kaum vereinbare Strategien. Dabei scheint es, dass diese Divergenzen ihre Wurzel in der unterschiedlichen politischen Kultur haben. Trotz des fundamental ungleichen Blicks auf die internationale Politik solle Europa, so *Fröhlich*, den kooperativen Impuls Obamas beim Schopf packen, zumal auch die Vereinigten Staaten in einer unsicheren internationalen Umwelt mit multipolaren Tendenzen auf bewährte Partner angewiesen seien (276).

Fröhlichs Verdienst liegt darin, nahezu alle Facetten des transatlantischen Verhältnisses anzusprechen. Mithin stellt er so die extensive Darstellung des Themas über das schlanke Argument. Manche Redundanzen lassen sich so nicht vermeiden, was umgekehrt den Vorteil hat, dass die meisten Kapitel isoliert gelesen werden können. Auch hätte die Illustration mit Tabellen und Diagrammen das Werk zu keinem schlechteren gemacht. Gravierender ist, dass den zentralen Begriffen Geopoli-

tik, Geostrategie und Geoökonomie die analytische Schärfe fehlt – sie werden implizit so ausgeweitet, dass sie als Analyseraster der transatlantischen Beziehungen nicht mehr fungieren können. Gleiches gilt für das Schlagwort des Pragmatismus, das wohl die Bedenken des Autors spiegelt, ein passendes Etikett für die seit dem Herbst 2008 von der Finanz- und Wirtschaftskrise dominierten transatlantischen Beziehungen zu finden.

Und so predigt *Fröhlich* das Offensichtliche – dies aber mit detaillierter Sachkenntnis. Allen, denen die Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses der letzten Jahre unter den Nägeln brennt, ist dieses Buch zu empfehlen. Sie werden mit den Einschätzungen eines Kenners der transatlantischen Beziehungen konfrontiert, der sich der Entfremdungstendenzen der beiden Kontinente ohne die Klammer der konkreten Bedrohung im Grunde bewusst ist und der sich eine Revitalisierung der Beziehungen wünscht. Die nach Auffassung des Rezensenten geopolitische Realität – nämlich die sicherheitspolitische, ökonomische und kulturelle Orientierung der Vereinigten Staaten nach Mittel- und Südamerika, vor allem aber nach Asien – spielt jedoch die Beschwörung gemeinsamer Verletzlichkeit als Nukleus einer atlantischen Sonderbeziehung in die Kulisse.

Manfred Groß

Shibuya, Eric Y. *Demobilizing Irregular Forces*. Cambridge/Malden. John Wiley & Sons 2012. 167 Seiten. 17,99 €.

Auf der Agenda externer Akteure in fragilen oder kollabierten Staaten beziehungsweise in Post-Konfliktlagen figuriert die Demobilisierung irregulärer

bewaffneter Gruppen an vorderster Stelle. Die Umsetzung von Friedensabkommen, die (Wieder-)Herstellung eines staatlichen Gewaltmonopols und die Neutralisierung, Transformation beziehungsweise Integration von irregulären Gewaltakteuren gelten als zentrale Motive für Programme der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R). Die knappe Überblicksdarstellung von *Shibuya*, Associate Professor am „US Marine Corps Command and Staff College“, behandelt die Geschichte und Evolution von DD&R-Programmen, deren Einzelbestandteile und die damit verbundenen „Herausforderungen“.

Während DD&R-Programme lange als Generalschlüssel für die Transformation von Gewaltkonflikten durch UN-Missionen überschätzt wurden, beginnt *Shibuya* mit einer nüchternen Feststellung: Belastbare Evidenz für die Friedensbildung durch DD&R gebe es nicht (10); bestenfalls könne man kostbare Zeit kaufen. DD&R-Programme gingen davon aus, dass irreguläre Kräfte illegitim seien; was aber, wenn diese Sicherheit und Dienstleistungen offerierten, weil der Staat gänzlich versage? *Shibuya* verweist damit auf den Kontext schwacher oder kollabierter Staatlichkeit, in denen DD&R-Programme häufig stattfinden, und auf die negative Bewertung von Aufständischen, die gegen die Regierung operieren, im Unterschied zu Milizen, die auf Seiten der Regierung (oder internationaler Akteure) kämpfen und deshalb als legitim betrachtet werden, obschon sie das staatliche Gewaltmonopol ebenfalls unterminieren.

Der Autor macht auf eine Fülle inhärenter Widersprüche und Zielkonflikte aufmerksam, darunter die problematische Zuerkennung des Kombattanten-